

KURZ UND PRÄGNANT

In die Landesforstanstalt gewählt

Zu den zwei Vertretern, die der Landtag in demnächst den Verwaltungsrat der neu gegründeten Landesforstanstalt gewählt hat, gehört Tilo Kummer. Der Dipl.-Fischereingenieur, der seit zehn Jahren in der Linksfraktion für Forstpolitik zuständig ist und selbst Wald bewirtschaftet, freute sich über die einstimmige Wahl und erwartet, dass sich der Verwaltungsrat schnell konstituiert. Ohne dessen Zustimmung könne nicht einmal über die Ausschreibung zum Anstaltsvorstand entschieden werden und sei der „ThüringenForst“ führungslos. Er müsse vor allem die Überführung des bisherigen Landesforstbetriebs in eine Unternehmensstruktur vornehmen, ohne jedoch Belange des Umweltschutzes und Gemeinwohls zu vernachlässigen. „Um die gewaltigen Einsparziele der Forstreform ohne Personalabbau zu verwirklichen, braucht es mutige neue Schritte“, so der Abgeordnete. Fragen, wie die Nutzung von Windkraftanlagen im Wald, dürften kein Tabuthema mehr sein. ■

Gegen Diskriminierungen vorgehen



Aus der Thüringer Verfassung erwächst eine besondere Verpflichtung des Landes, gegen Diskriminierungen wegen sexueller

Orientierung vorzugehen, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, bei einem Pressegespräch Ende vergangenen Jahres in Erfurt.

DIE LINKE hatte im Juli 2009 ein Normenkontrollverfahren beim Landesverfassungsgericht begonnen, bei dem es vor allem um die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Thüringer Beamtenrecht geht. Dieses Verfahren, so kündigte die Abgeordnete an, steht nunmehr kurz vor dem Abschluss bzw. seiner Erledigung, da der Thüringer Landtag zwischenzeitlich und endlich die notwendigen Gesetzesänderungen vorgenommen hat.

Dessen ungeachtet „gibt es immer noch eine Vielzahl von Diskriminierungstatbeständen“, sagte Karola Stange und erläuterte die in diesem Jahr anstehenden Initiativen. So soll sich der Gleichstellungsausschuss für die Erarbeitung eines Lebenslagenberichts zur Situation von Lesben und Schwulen in Thüringen einsetzen und ein Runder Tisch Gleichstellung einen entsprechenden Landesaktionsplan erarbeiten. ■

Bei Justiz-Kooperation knirscht es

Sicherungsverwahrung und Neubau einer Justizvollzugsanstalt sind aktuelle „Baustellen“ in der Thüringer Justizpolitik

Im Bereich Justiz arbeiten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in einigen organisatorischen Fragen auf Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen zusammen. Vor allem immer dann, wenn sich Bau und Betrieb einer Einrichtung für eines der Länder alleine nicht „lohnt“, z.B. weil die Auslastung im Vergleich zu den Errichtungs- und Betriebskosten viel zu gering wäre. So werden die Mahnbesciede für „Thüringer Fälle“ am zentralen Mahngericht in Staßfurt in Sachsen-Anhalt erlassen. Frauen aus Thüringen treten ihre Haftstrafe in Sachsen (Justizvollzugsanstalt Chemnitz) an.

Vor einigen Wochen war die Strafvollzugskommission des Landtags zu einem Informationsbesuch vor Ort. Es gibt auch in der Aus- und Weiterbildung von Justiz-Personal solche Länderzusammenarbeit, zum Teil mit noch weiteren Bundesländern. Doch zurzeit scheint es im Getriebe der Länderzusammenarbeit zu knirschen. Der geplante Neubau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt Thüringen/Sachsen (980 Haftplätze) ist offensichtlich schon geklärt, noch nicht entschieden ist allerdings der Standort: Ostthüringen oder Westsachsen?

Mit Blick auf die nun durch die Justizministerien erfolgte Festlegung von vier Bewerberstandorten für die engere Auswahl des Neubaus einer gemeinsamen JVA, davon zwei in Thüringen, und der auch öffentlich geäußerten Kritik an dieser Auswahlentscheidung, fordert Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher der Linksfraktion, von der Landesregierung, „dass das Auswahlverfahren absolut transparent, fachlich fundiert und nachvollziehbar sein muss – der bisherige Verlauf und die

Reaktionen darauf legen nahe, dass dem bisher zum Schaden des Projekts und seiner Akzeptanz leider nicht so ist“. Als ersten Schritt einer „kritischen Begleitung des Vorgangs“ hat er eine umfangreiche Anfrage an die Landesregierung gestellt. Sie soll die Entscheidungskriterien, die zur Festlegung der engeren Auswahl haben, und den Ablauf des Auswahlverfahrens offlegen und begründen.

Landtag muss frühzeitig einbezogen werden

Alle Standort-Bewerber haben Anspruch auf Chancengleichheit. Offensichtlich ist aber über bestimmte interne Regierungskreise hinaus gar nicht bekannt, was sich hinter dem vom Minister benannten 14-Punktekataolog verbirgt. Damit können Bewerberstandorte und betroffene Gremien, wie der Landtag und seine Ausschüsse, diese Entscheidung nicht bewerten. Solche Intransparenz bei einem solchen auch finanziell bedeutenden Großprojekt dürfe es nicht geben. Auch die Inhalte eines Berichts, der nach Angaben des Thüringer Justizministers ebenfalls als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden soll, müsse zugänglich gemacht werden, fordert Ralf Hauboldt.

Für die neue JVA, die als gemeinsame Einrichtung beider Länder betrieben werden soll, werden sich wohl noch andere Fragen stellen, z.B. wie der Gefahr zu begegnen ist, dass Bedienstete für die gleiche Arbeit unterschiedlich besoldet werden, da die Besoldung nun nach der Föderalismusreform Ländersache geworden ist. DIE LINKE hat diese Zersplitterung des

Besoldungsrechts immer abgelehnt.

Was die Neuordnung der Sicherungsverwahrung betrifft, bleibt durch die Ankündigung des Justizministeriums in Magdeburg, die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit Thüringen und Sachsen aufzukündigen, eine Übergangsfrist von einem Jahr, die sinnvoll genutzt werden muss. Angesichts der Reformdiskussion zur Sicherungsverwahrung und aktueller Gerichtsurteile ist die Weiternutzung der JVA Burg bei Magdeburg sehr fraglich. „Daher sollten neben einer Erweiterungslösung auch andere Alternativen geprüft werden“, betont Ralf Hauboldt, der von der Landesregierung nähere Auskunft zur Länderzusammenarbeit und zur Reformdiskussion bei der Sicherungsverwahrung verlangt. Auf jeden Fall müsse der Landtag „frühzeitig einbezogen werden, nicht nur weil finanzielle Verpflichtungen auf Thüringen zukommen“.

Aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten zur Sicherungsverwahrung in Burg vom Januar 2011 ist schon klar herauszulesen, dass hinsichtlich der Tauglichkeit der Einrichtung erheblicher Überprüfungsbedarf besteht. Vor allem die vom Bundesverfassungsgericht geforderte strikte räumliche und sachliche Trennung von Sicherungsverwahrung und Strafvollzug dürfte der zentrale Problempunkt werden. Die Landesregierung soll daher auch Auskunft zu den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe geben, die die weitere Eignetheit des Standortes Burg für die Sicherungsverwahrung untersuchen sollte.

Sandra Steck

Gegen Volksbegehren zu klagen, ist keine Lösung

„Das Vorgehen der Landesregierung gegen die Zulassung des Volksbegehrens wird die Probleme bei der Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen in Thüringen nicht aus der Welt schaffen“, so Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der Linksfraktion, angesichts der von der Landesregierung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof erhobenen Klage gegen die Zulassung des Volksbegehrens „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“.

Bis Mitte März 2012 haben die Initiatoren Zeit, sich zur Klage zu äußern. Bis zu einer erst in einigen Monaten zu erwartenden Entscheidung des Verfassungsgerichts ruht das Volksbegehren. Die Landesregierung stehe dennoch „in der Pflicht, die Kommunalabgabenprobleme nun endlich zu lösen – seit 20 Jahren warten die Bürger vergebens darauf“, kritisiert Frank Kuschel. Das neue Kommunalabgabengesetz biete „keine Lösungen, sondern schafft nur neue Konfliktfelder“. So haben bisher nicht einmal zehn Gemeinden die nun im Gesetz



verankerte Möglichkeit des Verzichts oder der Reduzierung der Straßenausbaubeiträge genutzt.

Die Landesregierung greife weder die Vorschläge der Bürgerinitiativen auf, noch suche sie den Dialog, obwohl sich die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Volksbegehren durchaus ausräumen ließen, sagt der Abgeordnete. Würde man aber den Argumenten der Landesregierung folgen, könnten überhaupt keine Volksbegehren mehr stattfinden, weil jede Maßnahme in irgendeiner Art finanzielle Auswirkungen habe. Es sei eine trügerische Hoffnung der Landesregierung,

durch die Klage die Probleme aussitzen zu können. Die LINKE bekräftigt den vom Volksbegehren unterbreiteten Vorschlag, der die unterschiedlichen Interessen des Landes, der Gemeinden, der Zweckverbände und der Bürger berücksichtigt. „Es wird jetzt ein Treffen zwischen den Bürgerinitiativen und der LINKEN geben, bei dem wir gemeinsam beraten, wie es nun im Klageverfahren zum Volksbegehren weiter geht und in welchem Umfang die Fraktion die Initiatoren unterstützen kann“, informiert Frank Kuschel abschließend.

Foto: Archiv Parlamentsreport